

Auf den Spuren einer Familie

Geöffnete Akten zeigen NS-Verstrickungen der Welfen

VON CHRISTINA STICHT

Hannover. „Mein Sohn, Dr. Lothar Elbogen, dessen Firma Sie, königliche Hoheit arisieren, befindet sich nun seit einem Jahr in Haft“, schreibt Melanie Elbogen am 4. Juli 1939 an Herzog Ernst August, den Chef des Welfenhauses. „Ich bitte Sie, flehentlich, königliche Hoheit, geben Sie mir mein Kind wieder.“ Der Hilferuf der Mutter des rechtmäßigen Eigentümers der Wiener Talkumfabrik blieb ungehört. Der Brief befindet sich im vor einem Jahr geöffneten Familienarchiv des Hauses Hannover. Nach Ausstrahlung einer NDR-Dokumentation über die „dunklen Geschäfte der Welfen“ in der Nazi-Zeit hatte Ernst August von Hannover (33) mehr als 3200 Akten zu Forschungszwecken dem niedersächsischen Landesarchiv überlassen.

„Meines Erachtens muss sich jede Familie – insbesondere diejenigen, die in dieser Zeit Unternehmen geführt haben oder Teil des öffentlichen Lebens waren – ihrer NS-Geschichte stellen“, sagt der in London aufgewachsene Repräsentant des Welfenhauses der dpa. „Auch deshalb war es mir ein persönliches Anliegen, hier eine umfassende und professionelle Aufarbeitung zu ermöglichen. Es geht mir dabei vor allem um Glaubwürdigkeit und Transparenz.“

Seit Ende 2015 untersuchen junge Historiker der Unis Hannover, Göttingen und Bremen die NS-Geschäfte der Welfen und haben dazu auch Akten aus anderen Archiven in Deutschland, Österreich und den USA hinzugezogen. Bislang konnte nachgewiesen werden, dass Ernst August (1887-1953) an neun „Arisierungen“ – also der Entrechtung und gewaltsamen Verdrängung von Juden aus dem Geschäftsleben – beteiligt war. Nur die drei bedeutendsten Fälle waren der Forschungsliteratur zuvor bekannt. Außerdem geht aus dem Welfenarchiv hervor, dass der auf Schloss Blankenburg im Harz residierende Herzog 1939 einen Rüstungsbetrieb im österreichischen Wels gründete, wo im Verlauf des Krieges immer mehr Zwangsarbeiter eingesetzt wurden.

„Mit seinen Geschäften hat sich Ernst August am NS-Unrecht beteiligt“, sagt Projektleiterin Cornelia Rauh. Dabei gibt es bisher keine konkreten Hinweise auf eine antisemitische Einstellung, eine Parteizugehörigkeit oder gar eine politische Führungsfunktion des Welfenoberhauptes. „Viele Deutsche und Österreicher haben sich am Raubzug zugunsten jüdischer Unternehmer beteiligt, ohne dass sie der NSDAP angehörten oder ideologische Überzeugungstäter waren“, erläutert die Professorin für Zeitgeschichte an



Ernst August von Hannover stellte dem niedersächsischen Landesarchiv mehr als 3200 Akten zu Forschungszwecken zur Verfügung.

FOTO: DPA

der Uni Hannover. Der letzte regierende Herzog der Welfen war nach der Novemberrevolution 1918 ins österreichische Exil gegangen. 1924 erhielt er mehrere Besitztümer vom Land Braunschweig zurück-erstattet, die es – samt Personal – zu unter-

halten galt. Zu Beginn der NS-Zeit hatte er vor Gericht gegen den Preußischen Staat eine Entschädigungssumme von 5,75 Millionen Reichsmark erstritten.

Anders als die Mehrzahl der Hochadeligen setzte er bei der Anlage dieses Geldes

nicht nur auf Land- und Forstwirtschaft, sondern auf Aktienbesitz oder direkte Beteiligungen an Unternehmen der Industrie und Finanzwirtschaft. Pläne für einen Konzern, der in der Nachkriegszeit aufgebaut werden sollte, zeigt eine Skizze aus dem Familienarchiv. Die vom Schloss Marienburg bei Hannover ins Landesarchiv verlegten Familienakten sollen nach Projektabschluss auch für andere Wissenschaftler zugänglich sein. Sie sind interessante Quellen: „Wir haben kaum vergleichbare Studien zu vermögenden Familien, allenfalls zu Unternehmerfamilien liegt Forschung vor“, sagt Rauh.

Welche Konsequenz zieht der junge Ernst August aus den bisherigen Forschungsergebnissen? „Zunächst einmal hilft es mir und meiner Familie, die in der damaligen Zeit getroffenen Entscheidungen besser verstehen und einordnen zu können“, sagt der

„Meines Erachtens muss sich jede Familie ihrer NS-Geschichte stellen.“

Ernst August von Hannover

33-Jährige. Sein Vater Ernst August, der Ehemann von Prinzessin Caroline, hatte schon in den 1990er Jahren eine Aufarbeitung angekündigt.

Direkt nach dem Krieg herrschte bei den Welfen wie bei den meisten Deutschen eine Schlussstrich-Mentalität. In der britischen Besatzungszone wurde die Entnazifizierung nicht so rigoros verfolgt, wie – zumindest anfänglich – in der amerikanischen. In seinem Spruchkammerverfahren 1949 in Sprin-ge bei Hannover stellte Herzog Ernst August sein Mitwirken an der Enteignung von Juden als normale geschäftliche Transaktion dar. Die Kammer folgte dieser damals gängigen Argumentation und stufte ihn – auch weil er kein Mitglied der NSDAP war – als „entlastet“ ein.

Zwischen 1946 und 1965 gab es vor ordentlichen Gerichten zudem zehn Restitutionsverfahren, in denen über den Entschädigungsanspruch der jüdischen Eigentümer oder ihrer Erben entschieden wurde.

Mehr Schutz für die Käufer

Landtag will Tacho-Manipulationen bei Gebrauchtwagen ausbremsen

VON RALF KRÜGER

Hannover. Mutmaßlich jeder dritte Käufer eines Gebrauchtwagens wird durch Tacho-Manipulation betrogen. Niedersachsens rot-grüne Landesregierung will mehr Druck im Kampf gegen Schwindel beim Kilometerstand machen und dafür einen sogenannten Car-Pass einführen. Ein entsprechender Antrag der Regierungsfractionen von SPD und Grünen steht am Dienstag im Landtag zur abschließenden Beratung an. Der Car-Pass ist eine Art Lebenslaufakte, in der Fahrzeughistorie und aktueller Kilometerstand bei jeder Hauptuntersuchung und Reparatur eines Wagens fortgeschrieben werden.

Wird der Antrag gebilligt, muss sich die Landesregierung für eine solche Lösung auf

Bundesebene einsetzen. „Volkswirtschaftlich geht der Schaden in die Milliarden, für jeden Käufer eines Gebrauchtwagens ist es ein herber Verlust, wenn er ein Fahrzeug kauft und einen zu hohen Preis bezahlt, weil er Opfer von Tacho-Schwindel geworden ist“, erklärte der SPD-Landtagsabgeordnete Alexander Saipa. Auf Landesebene sollten die Ermittlungsarbeit und Strafverfolgung in Fällen von Tacho-Betrug verstärkt werden.

Ein Unterausschuss des Landtags sucht seit Anfang des Jahres nach Wegen, um Tacho-Manipulationen zu bekämpfen. Neben der verbindlichen Anmeldung aller neuen Personenwagen in einer Datenbank sollen gemäß dem Antrag die Autohersteller dazu verpflichtet werden, ihre Fahrzeuge besser

gegen Tacho-Manipulationen zu schützen. Die Logik: je mehr Aufwand Kriminelle zur Überwindung technischer Hürden betreiben müssten, desto unrentabler werde ihr Geschäft.

Mit elektronischen Hilfsmitteln gelingt die Manipulation des Tacho-Standes recht einfach – eine Entlarvung des Betrugs dagegen ist schwierig. Mit dem Ziel eines überhöhten Kaufpreises soll den Käufern ein geringeres Alter der Fahrzeuge vorgegaukelt werden.

In Bayern ging kürzlich ein Ermittlungsverfahren gegen 90 Beschuldigte aus dem Großraum München wegen Tacho-Schwindels zu Ende – darunter viele Gebrauchtwagenhändler. Die Zurückschaltung der Tachos erfordert nach Ansicht der Behörden „massive Eingriffe“ in die Elektronik der Fahrzeuge, womit erhebliche Gefahren verbunden seien. Mit einer Veränderung der Speicher-Chips könnten etwa sicherheitsrelevante Daten vernichtet werden – Ausfälle des Antiblockiersystems oder der elektronischen Stabilitätskontrolle könnten die Folge sein.

Der ADAC (Allgemeiner Deutscher Automobil-Club) fordert bereits seit Jahren mehr Schutz von Seiten der Autohersteller und Zulieferer. Viele Modelle seien unzureichend ausgestattet und zu leicht zu manipulieren. Durch den Verzicht auf aktuelle Sicherheitstechnik entstehe jährlich ein erheblicher Schaden. Einige Fahrzeuge verfügen heute zwar schon über Sicherheitstechnologien in den Steuergeräten, diese seien aber nicht aktiviert. Die Mehrkosten für diese Sicherheit wären dabei eigentlich nur gering – sie lägen, laut ADAC, lediglich bei einem Euro pro Fahrzeug.



Die Strafverfolgung von Tacho-Betrug soll künftig verstärkt werden.

FOTO: OLIVER BERG

Mit Chef-Masche auf Beutezug

Landeskriminalamt Niedersachsen warnt vor Betrügern

VON MATTHIAS BRUNNERT

Hannover/Norheim. Weltweit vernetzte Betrüger sind derzeit auch in Niedersachsen mit der sogenannten Chef-Masche auf Beutezug. „Wir beobachten aktuell eine deutliche Zunahme der Fälle“, sagte der Sprecher des Landeskriminalamtes in Hannover, Frank Federau.

Bei der auch „CEO-Fraud“ (Vorstands-betrug) genannten Masche verschaffen sich die Kriminellen etwa im Internet detaillierte Informationen über einzelne Unternehmen. Sie geben sich dann als deren Vorstand oder Geschäftsführer aus und weisen Mitarbeiter der Finanzabteilung per Mail an, große Geldbeträge für angeblich wichtige Geschäfte auf Konten in Asien oder Ost-

europa zu überweisen. Zugleich verlangen die Täter besondere Geheimhaltung, etwa weil es um die Übernahme einer anderen Firma gehe. Die unter falschen Namen eingerichteten Konten werden anschließend sofort leerräumt.

Der jüngste Fall in Niedersachsen wurde aus dem Landkreis Norheim bekannt: Nach Angaben der Polizei versuchten die Gauner, die Bilanzbuchhalterin eines großen Unternehmens zur Überweisung von 600 000 Euro für den angeblichen Zukauf einer Firmen-gruppe in Asien zu veranlassen. Der Plan sei in diesem Fall aber gescheitert, „weil die Mitarbeiterin misstrauisch war und persönlich beim Geschäftsführer nachfragte“, sagte Sprecher Uwe Falkenhain. Den Ermittlern sei die Masche seit 2013 bekannt, sag-

te LKA-Sprecher Federau. Es bleibe in den meisten Fällen zwar beim Versuch, teils hätten die Täter aber große Geldbeträge ergau-nernt, nicht nur in Niedersachsen. Auch in Bremen sind nach Angaben der Polizei bereits mehrere Unternehmen auf die Masche hereingefallen. In Nordrhein-Westfalen beträgt der jährliche Schaden nach Angaben des dortigen Landeskriminalamtes mehrere Millionen Euro. Und ein Autozulieferer aus Bayern wurde jüngst sogar etwa 40 Millionen Euro erleichtert.

Das Landeskriminalamt Niedersachsen geht von einer größeren Dunkelziffer aus. „Wenn man auf eine solche Masche reingefallen ist, möchte man das nicht gerne auch noch nach außen tragen“, sagte Sprecher Federau.

ANZEIGE

Ist Ihre Kasse zukunftssicher?

Das digitale Kassensystem von LocaFox bietet Ihnen eine zukunftssichere Lösung, die bereits jetzt die kommenden Anforderungen der Gesetzgebung erfüllt.

LocaFox POS

Wir beraten Sie gerne!

Ihr Ansprechpartner:
Andreas Gloge
0421 / 3671 - 4650
locafox@weser-kurier.de

- > zukunftssicher gemäß GoBD
- > Anbindung an Online-Marktplatz
- > zukünftige Updates inklusive
- > keine weiteren Kosten

WESER
KURIER